

## **Beschluss**

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. April 2024

### **§ 228** **Jahresrechnung 2023**

(Berichte Regierungsrat, 5.3.2024; Finanzaufsichtskommission, 20.3.2024)

*Ruedi Schwitter*, Näfels, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Die Finanzaufsichtskommission teilte im vergangenen Jahr im Rahmen der Beurteilung der Jahresrechnung 2022 die Ansicht des Regierungsrates, dass sich die Jahresrechnung 2023 wesentlich verschlechtern werde: Die Beiträge der Schweizerischen Nationalbank würden definitiv ausfallen. Die Dividende der Axpo sei gleich null. Die Erträge aus dem Verkauf von Energie würden sich voraussichtlich verringern. Die Pflegekosten würden hingegen um 2 bis 3 Millionen Franken höher als budgetiert ausfallen. Nicht alles traf so ein, wie es die Finanzaufsichtskommission prognostiziert hatte. Bei der Nationalbank und der Axpo lag sie richtig. Der Erlös aus dem Stromverkauf übertraf das Budget hingegen um 5,5 Millionen Franken. Die Kosten der stationären und ambulanten Langzeitpflege fielen auf der anderen Seite um 5,5 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Die um rund 12 Millionen Franken höheren Erträge aus den Kantonssteuern wurden sogleich wieder von der Wertberichtigung der Beteiligung am Kantonsspital und den erhöhten Beiträgen an ausserkantonale Hospitalisationen aufgeessen. – Die Finanzaufsichtskommission beurteilt die Entwicklung des Fondsvermögens aus der Abgeltung des Heimfallverzichts Kraftwerke Linth-Limmern positiv. Gestartet wurde mit einer Einlage von 130 Millionen Franken im Oktober 2008. Seither verringerte sich das Gesamtvermögen trotz Millionen-Bezügen zugunsten der Jahresrechnungen um nur 10 Millionen Franken. Im letzten Rechnungsjahr lagen Ende Jahr trotz eines Bezugs von 6 Millionen Franken nur 100'000 Franken weniger auf dem Konto als Anfang Jahr. Wenn sich die Börsen erholen, könnte es fallweise auch zu einer Zunahme des Vermögens kommen. – Unter dem Strich resultiert ein betriebliches Defizit von 21,5 Millionen Franken. Aufgrund der Entnahme von 15,75 Millionen Franken aus der finanzpolitischen Reserve – 1 Million Franken für den Arbeitslosenfürsorgefonds, 12 Millionen Franken für den Energiefonds, 2,5 Millionen Franken für den Standortförderungsfonds und 250'000 Franken für den Härteausgleich zugunsten der Gemeinde Glarus Süd – resultiert ein Aufwandüberschuss von 5,7 Millionen Franken. Trotz des Verlusts präsentiert sich die Ausgangslage mit einer finanzpolitischen Reserve von 115 Millionen Franken und einem kumulierten Bilanzüberschuss von 80 Millionen Franken noch als solid. Der Kanton lebt im Moment aber von seiner Substanz. Der finanzpolitische Handlungsspielraum wird kleiner. Auch wenn die Nationalbank im ersten Quartal 2024 wieder einen Rekordgewinn von über 60 Milliarden Franken vermelden konnte, ist eine Gewinnausschüttung im 2025 weiterhin sehr unsicher. – Der Regierungsrat informierte die Finanzaufsichtskommission an der Sitzung im März, dass im Rahmen der Verzichtsplanung Einsparungen von

10 Millionen Franken als Zielwert definiert wurden. Die Finanzaufsichtskommission ist gespannt, wie die ersten konkreten Eckpunkte des Departements Finanzen und Gesundheit unter der neuen Leitung von Regierungsrat Markus Heer aussehen werden. Die Aufgabe ist herausfordernd. Für den neuen Vorsteher wird es ein Kaltstart in das neue Departement. – Die Finanzaufsichtskommission diskutierte über eine Erhöhung der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve, um den Ausgabenüberschuss zu kompensieren. Sie kam jedoch einstimmig bei einer Enthaltung zum Schluss, dass eine Verbuchung in den Bilanzüberschüssen zielführender ist als eine Entnahme aus Reserve. Der Handlungsspielraum ist bei der Verwendung der finanzpolitischen Reserve viel grösser. Ein grosser Bilanzvortrag kann hingegen nur zur Kompensation allfälliger Defizite verwendet werden. – Den Mitarbeitenden des Kantons ist zu danken. Sie trugen mit ihrer Ausgabedisziplin dazu bei, dass der Ausgabenüberschuss nicht noch höher ausgefallen ist. Dank gebührt auch dem scheidenden Departementsvorsteher, Regierungsrat Benjamin Mühlemann. Ihm hätte man es gegönnt, dass auch die dritte von ihm verantwortete Rechnung positiv abschliesst. Ein weiterer Dank gebührt Departementssekretär Samuel Baumgartner, Finanzverwalterin Carole Alberti und Protokollführerin Simone Eisenbart. Einen ganz besonderen Dank spricht die Finanzaufsichtskommission Dieter Elmer, dem Leiter der Finanzkontrolle, aus. Er begleitete und unterstützte die Finanzaufsichtskommission stets unaufgeregt und kompetent. Er war massgeblich, ja fast hauptsächlich an der Erstellung der Kommissionsberichte an den Landrat beteiligt. Die Finanzaufsichtskommission wünscht ihm für das nächste Kapitel alles Gute, Gesundheit und viele schöne Tage im Engadin.

*Albert Heer*, Oberurnen, Kommissionsmitglied, spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat aus. – Die Jahresrechnung 2023 schliesst mit einem Defizit von 5,7 Millionen Franken das erste Mal seit 2004 negativ ab. Schon seit mehreren Jahren nimmt der Personal-, Sach- und Betriebsaufwand stark zu. Dies hätte schon in den vergangenen Jahren zu negativen Abschlüssen geführt. Dank sehr hoher, aber nicht nachhaltiger Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank – im 2022 waren es noch 18,9 Millionen Franken – konnte sich der Kanton über positive Rechnungsabschlüsse freuen. Im Jahr 2023 erhielt er hingegen keine Gewinnausschüttung der Nationalbank mehr. Deshalb zeigt der vorliegende Jahresabschluss die tatsächliche finanzielle Lage ungeschminkt auf. – Gegenüber dem Budget fielen die Kantonssteuern um mehr als 12 Millionen Franken höher aus. Dank dieser markanten Steigerung auf der Einnahmenseite war der Gesamtverlust erfreulicherweise deutlich tiefer als budgetiert. – Mit grosser Sorge nimmt die FDP-Fraktion die gegenüber dem Budget deutlich höheren Gesundheitskosten zur Kenntnis. Die Wertberichtigung der Beteiligung am Kantonsspital um fast 7 Millionen Franken und die um 10 Millionen Franken höheren Ausgaben für die Langzeitpflege und die ausserkantonalen Spitalaufenthalte belasteten die Jahresrechnung überaus stark. Ebenfalls weist die FDP-Fraktion auf die nicht budgetierte Marktwertanpassung von über 2 Millionen Franken bei den Aktien der Glarner Kantonalbank hin. Diese zeigt, wie volatil der Wert dieser Beteiligung ist. Eine erneute Überprüfung der Eigentümerstrategie ist auf jeden Fall angezeigt. – Die insgesamt negative Entwicklung wird mit einem Blick auf das Nettovermögen deutlich. Gegenüber dem Höchststand von 218 Millionen Franken per Ende 2019 hat sich das Vermögen um fast 100 Millionen Franken verringert. Durch die budgetierten Defizite in den nächsten Jahren schmilzt das Nettovermögen bis 2027 auf noch 55 Millionen Franken zusammen. – Aufgrund des vorliegenden Jahresabschlusses und der budgetierten Ausgabenüberschüsse im zweistelligen Millionenbereich begrüsst die FDP-Fraktion das angekündigte Entlastungspaket des Regierungsrates mit Fokus auf einen Aufgabeverzicht nach wie vor ausdrücklich. Sie ist gespannt auf die im Sommer vorliegenden Vorschläge.

*Andreas Luchsinger*, Riedern, Kommissionsmitglied, votiert stellvertretend für die Die-Mitte-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Der Jahresabschluss ist seit Jahren wieder einmal negativ. Trotz der höheren Steuererträge ist das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit negativ, unter anderem wegen steigenden Gesundheitskosten. Deutlicher wird die Situation, wenn man sieht, wie schnell das Nettovermögen sinkt:

minus 50 Millionen Franken in zwei Jahren. Auf die Rolle der Nationalbank ging der Kommissionspräsident bereits ein. Hinzu kommt, dass diese ihre Bilanz reduziert. Das wird auch die Erträge in den nächsten Jahren deutlich schmälern. Es sollte deshalb nicht mit hohen Ausschüttungen budgetiert werden. – Im aktuellen Umfeld ist klar, dass einer finanziellen Prioritätensetzung und einem Verzicht auf gewisse Aufgaben zentrale Rollen zukommen. Gleichzeitig soll der Kanton aber konkurrenzfähig bleiben und vorwärtskommen. Es sind gezielt Investitionen zu tätigen. Das ist eine Gratwanderung, die ein sorgfältiges Abwägen der Prioritäten und der möglichen Konsequenzen erfordert. Sucht man gemeinsam nach Lösungen, kann auch diese Herausforderung zum Wohl der Glarnerinnen und Glarner gemeistert werden.

*Samuel Zingg*, Mollis, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der SP-Fraktion für die Genehmigung der vorliegenden Jahresrechnung und die beantragte Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve aus. – Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Jahresrechnung besser als budgetiert, aber erstmals seit langem negativ abschliesst. Verbesserungen gegenüber dem Budget ergeben sich vor allem durch die höheren Steuererträge; sie tragen zu mehr als einem Drittel zu den Verbesserungen bei. Das freut die SP-Fraktion. Diese hofft, dass die Steuererträge nachhaltig höher sind. Die Erträge aus den Stromverkäufen werden hingegen wahrscheinlich wieder abnehmen. Wie gewohnt verzerren Buchgewinne und -verluste das Bild. So führte etwa eine Marktwertanpassung der Beteiligung am alten Teil der Kraftwerke Linth-Limmern zu einer Verbesserung. Auf der anderen Seite gab es Wertberichtigungen bei der Beteiligung an der Glarner Kantonalbank sowie am Kantonsspital. Diese Berichtigungen machen rund die Hälfte der erhöhten Aufwände aus. Die andere Hälfte geht auf die höheren Kosten in den Bereichen Pflege und Hospitalisationen zurück. – Die SP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden des Kantons. Dieser verfügt über eine vergleichsweise schlanke Verwaltung, die sich trotz begrenzter Ressourcen tagtäglich dafür einsetzt, dass die Bevölkerung Dienstleistungen beziehen kann. – Die anstehenden Herausforderungen und wichtigen Projekte verlangen eine geschickte Priorisierung. Die SP-Fraktion erwartet die angekündigte Verzichtsplanung mit Spannung. Die SP-Fraktion erwartet, dass nicht bloss eine Verschiebung der Kosten zulasten der Gemeinden unterbreitet wird. Das würde niemandem helfen. Falls ein Verzicht nicht zur notwendigen Entlastung des Budgets führt, muss sich der Landrat auch um die Ertragsseite kümmern. Dies kategorisch auszuschliessen, ist falsch, zumal in den vergangenen Jahren vor allem die Landsgemeinde grosszügiger war als der Landrat. – Als Quintessenz darf man festhalten, dass die Rechnung nicht gut aussieht, aber auch nicht so schlecht, wie befürchtet. Es ist allen zu danken, die mit einem sorgfältigen Umgang mit den Finanzen zu den Verbesserungen in der Rechnung beitrugen.

*Nadine Landolt Rüegg*, Näfels, Kommissionsmitglied, will wie die GLP-Fraktion den Anträgen von Kommission und Regierungsrat zustimmen. – Verschiedene Zahlen der Jahresrechnung gaben in der GLP-Fraktion Anlass zu Diskussionen. Das Gesamtergebnis war besser als budgetiert. Dies, obwohl zum Teil sehr hohe Nachtragskredite bewilligt werden mussten. Die GLP-Fraktion bittet den Regierungsrat, in seiner Verzichtsplanung das grosse Ganze zu sehen und nicht bei Positionen zu sparen, die einer gesunden Entwicklung dienen und die Rechnung künftig positiv beeinflussen werden. Es soll zudem nicht auf Kosten der Gemeinden gespart werden. Für die Bevölkerung wäre das ein Nullsummenspiel. – Im Bereich Gesundheit waren in der vorliegenden Rechnung Nachtragskredite von insgesamt 10 Millionen Franken notwendig. Die Steuerausstände haben sich nochmals erheblich vergrössert. Die GLP-Fraktion wird dem Regierungsrat in der Detailberatung zu diesen beiden Punkten Fragen stellen.

*Peter Rothlin*, Oberurnen, Kommissionsmitglied, stimmt im Namen der SVP-Fraktion der Genehmigung der Jahresrechnung 2023 zu, votiert für das Ergreifen von Sparmassnahmen und schliesst sich dem Dank und den guten Wünschen an Dieter Elmer an. – Die Jahresrechnung 2023 schliesst mit einem Verlust von 5,7 Millionen Franken ab. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer davon ist der Ausfall des Anteils am Gewinn der Nationalbank von 6,3 Millionen Franken. Zwar wird im Finanzplan 2025–2027 wieder mit einem Gewinnanteil

von 6,3 Millionen Franken jährlich gerechnet. Dennoch zeigen sich stark steigende Defizite zwischen 10,6 Millionen Franken im Jahr 2025 und 18,6 Millionen Franken im Jahr 2027. Diese Entwicklung hat ihre Ursache unbestreitbar in der starken Zunahme der Personal- und Verwaltungsaufwände seit dieser Legislatur, die 2022 begann. Verantwortlich sind also alle jene, die seit 2022 in diesem Saal sitzen. Die Entscheide, die der Landrat getroffen hat oder im Rahmen der Legislaturplanung noch treffen wird, führen zu den Defiziten bis 2027. – Die Ertragsseite mit ihren sprudelnden Steuererträgen ist gesund, kann aber mit dem Aufwandswachstum nicht Schritt halten. Die SVP-Fraktion ist zufrieden, dass der Regierungsrat ein Entlastungspaket ausarbeitet, und sagt ihre Unterstützung zu. Eine Steuererhöhung gehört für die SVP-Fraktion aber nicht in das Entlastungspaket. Diese wird zudem auch beim seit 2004 angewandten Budgetierungstrick nicht mitmachen. Die Ursache des Defizits liegt im Ausfall des Anteils am Gewinn der Nationalbank von 6,3 Millionen Franken. Wäre dieser in die Staatskasse geflossen, würde die Jahresrechnung mit einem Gewinn von 600'000 Franken abschliessen. Das Budget 2023 enthielt ursprünglich – das wissen die Mitglieder der Finanzaufsichtskommission – ein Defizit von 8,2 Millionen Franken. Die Differenz zwischen dem ursprünglich budgetierten Defizit von 8,2 Millionen Franken und dem Gewinn von 600'000 Franken ergibt eine Differenz von 8,8 Millionen Franken. Dieser Betrag entspricht einer Budget-Reserve. Diese ist heute mehr oder weniger immer noch gleich gross wie in der Vergangenheit. Seit 2004 wird stets schlecht budgetiert und gut abgeschlossen. Sollte der Regierungsrat im Rahmen des Entlastungspakets lediglich die Budget-Reserven in den einzelnen Departementen auflösen und dies als Sparmassnahme verkaufen wollen, wird das die SVP-Fraktion nicht abkaufen. – Wenn der neue Finanzdirektor die Sparmassnahmen einzig durch die rosarote Brille des SP-Parteiprogramms anschaut, hilft die SVP-Fraktion gerne mit klaren Gläsern aus, damit er die Einsparungen in eine positive Richtung lenken kann.

Landammann *Benjamin Mühlemann* beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Regierungsrat und Kommission. – Die Jahresrechnung schliesst um fast 9 Millionen Franken besser ab als budgetiert – unter anderem, weil der Kanton weniger als geplant investiert hat. Unter dem Strich steht aber dennoch zum ersten Mal seit 2004 eine rote Zahl. Es traf ein, was seit Jahren befürchtet wurde und wovor der Regierungsrat und die Finanzdirektoren stets gewarnt hatten. Aufgrund des vorliegenden Abschlusses müsste jetzt allen klar sein, dass magere Jahre kommen werden. Am eindrücklichsten zeigt sich die Entwicklung beim Nettovermögen. Dieses sank im vergangenen Jahr noch einmal um 25 Millionen Franken. Seit 2019 nahm es um fast 100 Millionen Franken ab. In diese Zeit fiel allerdings auch eine Pandemie. Während dieser gingen die Reserven stark zurück. Für die Bewältigung einer Krise sind Reserven allerdings auch da. – Die Gründe für das Defizit liegen auf der Hand. Die Schere zwischen Aufwand und Ertrag geht immer weiter auseinander, obwohl deutlich mehr Steuern als budgetiert eingenommen wurden. Der Steuerertrag entwickelt sich erfreulich. Das ist ein Zeichen dafür, dass es im Moment wirtschaftlich gar nicht so schlecht läuft. – Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist deutlich negativ. Es geht um ein Minus von 46 Millionen Franken. Das operative Ergebnis weist immer noch ein Minus von 21 Millionen Franken aus und ist um fast 45 Millionen Franken schlechter als noch im 2022. Das muss einem zu denken geben. Selbstverständlich darf man die im 2023 getätigten Fondseinlagen im Umfang von rund 15 Millionen Franken nicht vergessen. Diese darf man gedanklich herausrechnen, weil sie über die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve ausgeglichen werden. Diese Mittel liegen nun aber zweckgebunden in diesen Töpfen. Sie sind dem allgemeinen Finanzhaushalt entzogen. Weiter sticht die hohe Wertberichtigung der Beteiligung am Kantonsspital um 6,8 Millionen Franken hervor. Diese ist dem Verlust der Kantonsspital Glarus AG geschuldet. Dieser schlägt buchhalterisch voll auf die Erfolgsrechnung des Kantons durch. Hätte diese Korrektur in den Büchern nicht vorgenommen werden müssen, wäre die Jahresrechnung positiv ausgefallen. Es gibt viele Konjunktive. Am Ende steht aber in der Jahresrechnung zuunterst eine rote Zahl. Das Gesundheitswesen wird wohl auch sonst noch stark beschäftigen. Das sieht man nur schon am Beispiel des Spitals, das sich zu 100 Prozent im Besitz des Kantons befindet. Dieses ist mit enormen finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Die Lösung ist nicht einfach. Im Gesundheitswesen ist die Kostenentwicklung

aus verschiedenen Gründen gewaltig. – Bei jenem Teil der Beteiligung an der Glarner Kantonalbank, der im Finanzvermögen verbucht ist, ist der Kanton Kursschwankungen ausgeliefert. Der Marktwert musste um rund 2 Millionen Franken tiefer verbucht werden. Das kann wieder in die andere Richtung gehen, was entsprechend Freude bereiten wird. Es ergibt Sinn, diese Schwankungen in Kauf zu nehmen. Der Regierungsrat sieht jedenfalls im Moment keine Veranlassung, an dieser Beteiligung zu schrauben. Das ist vorläufig vom Tisch, nachdem sich die Landsgemeinde für den Status quo ausgesprochen hat. Das noch einzuführende Beteiligungsmanagement wird zudem noch mehr Transparenz bringen. – Der Ausblick auf die nächsten Jahre zeigt kein viel besseres Bild. Die Finanzplanzahlen sind schlecht; viel schlechter als in der Vergangenheit. Der finanzpolitische Handlungsspielraum wird für alle deutlich kleiner. Zu Kostensteigerungen kommt es zudem nicht nur im Gesundheitswesen, sondern in verschiedenen Bereichen. Man könnte etwa den kantonalen Finanzausgleich als Beispiel erwähnen. Um die Entwicklung des Kantons nicht zu bremsen, muss man einen gewissen Handlungsspielraum bewahren können. Dazu braucht es eine klare finanzielle Prioritätensetzung und einen Verzicht auf einzelne Aufgaben. Der Regierungsrat gleiste das Entlastungspaket 2025+ auf. Die Departemente arbeiteten bereits intensiv daran. Sie gingen die Positionen einzeln durch und loteten das Potenzial aus. Es ist jetzt am Departement Finanzen und Gesundheit, die Entlastungsvorschläge bis Ende Mai zusammen mit den Departementen weiter zu bearbeiten. Der Regierungsrat diskutiert diese im August. Der Landrat wird im Herbst darüber brüten können. Das ist kein Kaltstart für Regierungsrat Markus Heer. Das Entlastungspaket ist gut aufgegleist. Ausserdem ist er nicht alleine zuständig. Der Regierungsrat ist im Lead. Verantwortlich für die Umsetzung von Vorschlägen ist in vielen Themen letztlich aber der Landrat. Es ist falsch, bereits jetzt an Steuererhöhungen zu denken. Natürlich kann der Landrat die Verantwortung den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern überbinden und sich so vor der Arbeit drücken. Das sollte er jedoch nicht tun und seine Verantwortung wahrnehmen. – Trotz des Defizits ist die Budgetdisziplin nach wie vor hoch. Dafür sind die Kollegin und Kollegen im Regierungsrat und speziell auch die Mitarbeitenden der Verwaltung verantwortlich. Sie tragen der Kasse Sorge und handeln umsichtig und diszipliniert. Das Verantwortungsbewusstsein ist gross. Dafür ist zu danken. Dank gebührt auch der Finanzaufsichtskommission unter dem Präsidium von Landrat Ruedi Schwitter für die konstruktive und gute Zusammenarbeit.

### *Kosten im Gesundheitswesen*

*Nadine Landolt Rüegg* stellt Fragen zum Gesundheitswesen. – Für das Gesundheitswesen waren Nachtragskredite von insgesamt 10 Millionen Franken notwendig. Gibt es eine Prognose der künftigen Entwicklung der Kosten in diesem Bereich? Plant der Regierungsrat allenfalls eine Gesamtstrategie für das Gesundheitswesen? Ergibt es unter diesen herausfordernden Bedingungen Sinn, dass das Gesundheitswesen von mehreren Departementen bearbeitet wird? So ist die Versorgungsplanung in der Langzeitpflege Sache des Departements Volkswirtschaft und Inneres, für das Kantonsspital ist das Departement Finanzen und Gesundheit zuständig und um die Ausbildungsoffensive kümmert sich das Departement Bildung und Kultur.

Landammann *Benjamin Mühlemann* geht auf die Fragen der Vorrednerin ein. – Die Prognosen können der Finanzplanung entnommen werden. Es ist zu befürchten, dass der Aufwand im Gesundheitswesen auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Die Rahmenbedingungen sind bekannt, etwa in Bezug auf die Langzeitpflege. Die Bevölkerung des Kantons Glarus ist überdurchschnittlich alt. Das zieht Kosten nach sich. – Es würde den Rahmen sprengen, die Strategie des Regierungsrates zum Gesundheitswesen hier auszubreiten. Es gibt bereits verschiedene strategische Grundlagen, etwa das Leitbild Gesundheit, das Pflege- und Betreuungsgesetz oder die Eigentümerstrategie für das Kantonsspital. Im Moment ist ein enormer Wandel im Gang. Für den Regierungsrat ist zentral, dass man sich diesem Wandel stellt. Es gibt verschiedene Megatrends, die es zu bearbeiten gilt. Die demografische Entwicklung wurde bereits angesprochen. Dort wurden Weichen gestellt, auch mit neuen

Grundlagen und Strategien im Bereich der Langzeitpflege. Ein zweiter Megatrend in der medizinischen Versorgung betrifft die Abkehr von stationären Behandlungen hin zu ambulanten. Er verändert die Arbeit der Leistungserbringer und deren Finanzierungsmodelle – gerade auch beim Kantonsspital. Das zwingt dazu, neue Modelle der medizinischen Grundversorgung zu prüfen. Wo es notwendig ist, muss das Leistungsangebot fokussiert werden. Strukturert um jeden Preis kann nicht die Lösung sein. Das ist ein strategischer Gedanke. Auch die Bevölkerung will keinen Strukturert um jeden Preis. In der Antwort auf die heute traktandierende Interpellation zum Kantonsspital finden sich weitere Aussagen zur strategischen Perspektive des Regierungsrates. Es nützt nichts, wenn man Sparmassnahmen der Spitalleitung öffentlichkeitswirksam beklagt. Diese begegnet dem Wandel offen und will proaktiv handeln. Das darf und muss man von einem Management eines Leistungserbringers auch erwarten. Die Diskussion ist konstruktiv zu führen. Dafür sind auch die Mitglieder des Landrates verantwortlich. Im Gesundheitswesen wird viel Bewegung sein. Man muss agieren statt reagieren. – Die aktuelle Aufteilung des Gesundheitswesens auf die Departemente ist aus persönlicher Sicht zielführend. Eine optimale Organisationsform wird es nie geben. Mit Schnittstellen wird man immer leben müssen. Das ist nicht nur im Gesundheitswesen so, sondern in vielen anderen Politikbereichen auch. Entscheidend ist, dass die Schnittstellen in Bezug auf die interdepartementale Zusammenarbeit optimal gestaltet sind. Es gibt verschiedenste Gefässe der Zusammenarbeit. Zu verweisen ist jedoch auf die angestossene Prüfung einer Departementsreform. In deren Rahmen werden in den nächsten Monaten solche Themen behandelt.

#### *Departement Finanzen und Gesundheit; Prämienverbilligungen*

*Marius Grossenbacher*, Ennenda, erkundigt sich zu den Prämienverbilligungen. – Im Detailkommentar zur Position 20404.3633.00 heisst es, dass im 2023 bereits wie im Vorjahr deutlich weniger Prämienverbilligungen als erwartet ausbezahlt worden seien. Die Zahl der Bezüger sei dabei etwas angestiegen. Die Gründe für den Rückgang seien nicht bekannt bzw. hätten noch nicht eruiert werden können. Es stellt sich nun die Frage, ob diese Gründe noch eruiert werden oder ob dies allenfalls bereits geschehen ist.

Landammann *Benjamin Mühlemann* weist darauf hin, dass die Gründe noch nicht eruiert werden konnten, auf Wunsch aber der Versuch unternommen werde.

#### *Bilanz; Steuerforderungen*

*Nadine Landolt Rüegg* erkundigt sich zu den Steuerforderungen. – Die Steuerforderungen stiegen von 17 auf 24 Millionen Franken und damit um mehr als ein Drittel an. In der Bevölkerung kursiert das Gerücht, dass es im Kanton Glarus eine beträchtliche Zahl von Staatsverweigerern gebe, die ihre Steuern nicht zahlen würden. Wie haben sich die Steuerforderungen entwickelt? Sind die Steuerausstände inzwischen kleiner geworden? Gibt es tatsächlich Staatsverweigerer, die aus ideellen Gründen ihre Steuern nicht bezahlen?

Landammann *Benjamin Mühlemann* geht auf die Fragen der Vorrednerin ein. – Im Bericht der Finanzaufsichtskommission finden sich Ausführungen zu diesem Thema inklusive Zahlen. Die Steuerausstände fallen Ende 2023 tatsächlich rund 6 Millionen Franken höher aus als noch Ende 2022. Das ist im Wesentlichen technische Probleme mit Schnittstellen in der Software geschuldet, die bis im Sommer 2023 andauerten. In den Vorjahren waren die Steuerausstände immer etwa auf dem gleichen Niveau. Da es sich um eine Betrachtung per Stichtag handelt, ist Vorsicht geboten. Bereits im Rahmen des Budgetprozesses für 2024 zeigte der Regierungsrat sehr ausführlich auf, was veranlasst wurde, um das Mahnwesen wieder hochzufahren und die Betreibungen wieder durchzuführen. Die Steuerverwaltung arbeitet eng mit dem Betreibungsamt zusammen, um die Steuerausstände zu bewirtschaften. Das Betreibungsamt ist jetzt personell besser aufgestellt als noch vor ein paar Monaten.

Es gibt deshalb keinen akuten Handlungsbedarf. Die Höhe der Steuerausstände wird sich sukzessive wieder normalisieren. Selbstverständlich dauert es ein paar Monate, bis die Forderungen oder Teile davon wieder beglichen sind. Es wird dabei darauf geachtet, dass keine Fristen ablaufen oder dass es nicht zu einer Verjährung kommt. – Die Steuerverwaltung ist im Kanton Glarus nicht im gleichen Mass von Staatsverweigerern betroffen wie in anderen Kantonen. Anfang 2023 gingen bei der Steuerverwaltung ein paar Briefe mehr ein, in denen Leute den Kanton als Firma bezeichneten und diesem die Legitimation zur Steuererhebung abgesprochen haben. Meist handelte es sich um Briefvorlagen, die in der ganzen Schweiz an Behörden übermittelt wurden. Im Moment sind Staatsverweigerer in der Steuerverwaltung kaum mehr ein Thema. Es handelt sich letztlich um etwa 30 Fälle, die letztendlich nur einen marginalen Einfluss auf das Steuervolumen und die Steuerausfälle haben.

#### *Genehmigung der Jahresrechnung*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die Jahresrechnung 2023 ist genehmigt.

#### *Genehmigung der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die Entnahme von 15'750'000 Franken aus der finanzpolitischen Reserve ist genehmigt.

#### *Kreditüberschreitungen und Entlastung des Regierungsrates*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Von den Kreditüberschreitungen ist Kenntnis genommen; dem Regierungsrat ist Entlastung erteilt.